

Red Hand Day 2017

Pressekonferenz

am 9. Februar 2017

Bundespressekonferenz, Berlin

Statement

**Deutsche Verantwortung gegen den Einsatz von
Kindersoldaten aktiv zu werden**

Frank Mischo

Sprecher Bündnis Kindersoldaten

Kindernothilfe e.V.

Red Hand Day: UN Gedenktag für Kindersoldaten am 12.2.2017

Die Studie zu Kindersoldaten und Deutsche Kleinwaffen:

„Kleinwaffen in Kinderhänden“

Aktuell steigen laut Sigmar Gabriel dem ehemaligen Wirtschaftsminister statt einer konsequenten Rüstungsexportbegrenzung laut Sigmar Gabriel die Genehmigungen für Kleinwaffenexporte um 47 Prozent von 32 Millionen Euro 2015 auf 47 Millionen Euro 2016. Mehr als ein Drittel davon ging in Drittländer, von denen viele in Krisengebieten mit bewaffneten Konflikten liegen. Das steht im krassen Gegensatz zu den Ankündigungen der Bundesregierung und stellt wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen über Kinderrechtsverletzungen.

Das zeigt die zunehmende Bedeutung und Verantwortung der deutschen Kleinwaffenrüstungsexporte auf. Die Studie stellt deutlich den direkten Bezug dar, dass die Verfügbarkeit von Kleinwaffen oft und spätestens langfristig den Einsatz von Kindersoldaten ermöglicht; auch weil die Kleinwaffen im Gegensatz zu vielen ihrer Nutzer eine extreme Lebenserwartung haben.

Deutschland Vorbildfunktion und die Kinderrechtskonvention

Deutschland strebt einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an. Dafür sollten Kinderrechte beachtet und die Empfehlungen des UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes umgesetzt werden. Das beinhaltet vor allem eine Vorbildfunktion Deutschlands – also nicht nur eine restriktive Rüstungsexportpolitik, sondern auch den Verzicht auf die Rekrutierung Minderjähriger in die Bundeswehr.

Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten setzt sich gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten weltweit ein. Das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention über Kinder in bewaffneten Konflikten vom 12. Februar 2002 verbietet den Einsatz von Kindern unter 18 Jahren in Kriegen und Konflikten.

Es gibt keine verbindliche Definition von Kindersoldaten. Nach den Pariser Prinzipien von 2007 sind Kindersoldaten alle Personen, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert und eingesetzt werden. Unabhängig von ihrer Funktion als Kämpfer, Träger, Köche, Nachrichtenübermittler, Spione oder als sexuell Ausgebeutete – ausdrücklich also auch Kinder und Jugendliche, die nicht an Kampfhandlungen teilnehmen. Insgesamt geht es um 250.000 Kinder weltweit, die von Regierungs- und Rebellengruppen auf unterschiedliche Weise eingesetzt werden.

Deutschland und die Einhaltung der Kinderrechtskonvention

Im Januar 2014 stellte der »UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes« anlässlich der Überprüfung der Einhaltung und Fortschritte bei der Umsetzung der Kinderrechtskonvention fest, dass Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention und deren sogenanntes „Kindersoldaten-Zusatzprotokoll“ nicht einhält.

Zentrale Empfehlungen des UN-Ausschusses waren

- ein gesetzliches Verbot von Waffenexporten in Länder, in denen Kinder als Soldaten eingesetzt werden,
- ein Verbot von gezielter Werbung für die Bundeswehr bei Minderjährigen und das Anheben des Rekrutierungsalters der Bundeswehr auf 18 Jahre.

Der UN-Ausschuss für die Rechte von Kindern zum Schutz in bewaffneten Konflikten prüft im Fünfjahresrhythmus gemäß Artikel 43 der UN-Kinderrechtskonvention die Einhaltung und Fortschritte bei der Erfüllung des Vertrages, zuletzt am 31. Januar 2014.

In Absatz 76 empfiehlt der UN-Ausschuss Deutschland:

„Der Ausschuss ist über die Möglichkeit besorgt, dass 17-Jährige die militärische Ausbildung bei den Streitkräften beginnen. Und dass sie sich als Minderjährige strafbar machen, wenn

sie nach Ablauf der sechsmonatigen Probezeit die Streitkräfte verlassen wollen. Hierdurch wird die Freiwilligkeit, die in der Ausnahmeregelung des Zusatzprotokolls der Kinderrechtskonvention festgeschrieben ist, zu sehr eingeschränkt“.

Deshalb empfiehlt der Ausschuss im folgenden Absatz 77, „das Mindestalter der Rekruten auf 18 Jahre anzuheben“.

Wie sieht die Realität aus?

Die Bundeswehr intensiviert ihre Nachwuchswerbung. Die Anzahl der Diensteantritte von Minderjährigen ist von 689 im Jahr 2011 über 1.515 im Jahr 2015 auf 1.946 im Jahr 2016 angestiegen. Das bedeutet eine Verdreifachung der Anzahl der Minderjährigen in den letzten fünf Jahren. Wie soll es mit der Bundeswehr angesichts dieses Trends weitergehen und was bedeutet das für die internationale Vorbildfunktion Deutschlands ohne Einhaltung der Empfehlungen zur UN-Kinderrechtskonvention?

Schwieriger Kinder- und Jugendschutz

Schwierig ist die Feststellung der besonderen Belastungen und der Einhaltung des Jugendschutzes für die Minderjährigen, weil es in der Bundeswehr keine altersspezifische Differenzierung gibt.

Laut einer altersspezifischen Studie zu den 16- und 17-Jährigen in der britischen Armee wird deutlich, dass es eindeutig höhere Fallzahlen von psychischen Belastungssyndromen, Alkoholmissbrauch, Mobbing bis hin zu Suizidfällen gibt. Besonders minderjährige weibliche Rekruten werden Opfer sexueller Übergriffe.

Ebenso schädlich ist die intensive Nachwuchswerbung bei Kindern und Jugendlichen vor allem in Schulen. Deutschland sollte die Empfehlungen des UN-Ausschusses beachten, um international eine Vorbildrolle einzunehmen. Es ist nahezu unmöglich, Regierungen und Rebellenorganisationen bei Demobilisierungen von Kindersoldaten zu erklären, wieso in Myanmar oder im Südsudan auch 16- oder 17-Jährige aus kinderrechtlichen Gründen nicht im Militär bleiben sollen, wenn Staaten wie die USA, Großbritannien und Deutschland dies nicht beachten.

Zu keiner der UN-Empfehlungen gab es erkennbare Verbesserungen der Kinderrechtssituation. Auf die Rüstungs- und insbesondere die Kleinwaffenexporte wird später noch eingegangen. Natürlich ist das Schicksal von Kindersoldaten in Konfliktregionen nicht mit der Situation von Minderjährigen in der Bundeswehr vergleichbar. Dennoch ist es allein schon wegen der negativen internationalen Wirkung unverantwortlich, 1.946 minderjährige Soldatinnen und Soldaten pro Jahr durch die Bundeswehr zu rekrutieren. Nach Großbritannien mit 2.390 (2016) 16- und 17-jährigen in der Armee ist Deutschland damit der zweitgrößte Rekrutierer von minderjährigen Soldaten in Europa.

<https://www.child-soldiers.org/news/army-defies-child-rights-campaigners-intensifies-intake-of-16-year-olds-for-riskiest-roles>

Einige Staaten – wie die Niederlande – sind mit gutem Beispiel vorangegangen und verzichten auf Minderjährige. Deutschland intensiviert stattdessen die Nachwuchswerbung bei Kindern und Jugendlichen und stellt verstärkt Minderjährige ein. Die Kinderrechtsorganisationen im Deutschen Bündnis Kindersoldaten sorgen sich nicht nur um die fehlende Vorbildfunktion Deutschlands. Zum Beispiel schaffen die gemischtgeschlechtliche Unterbringung und die Ausbildung an der Waffe sowie die psychische Belastung eines Kriegseinsatzes direkt nach Vollendung des 18-Lebensjahres kinderschutzwidrige Risiken. So wurden laut einer kleinen Anfrage im Bundestag zum Thema Minderjährige in der Bundeswehr vom 18.12.2015 drei von 100 Frauen Opfer sexuellen Missbrauchs. Es ist anzunehmen, dass bei unter 18-Jährigen die Zahlen ähnlich oder noch höher sind.

Zudem gilt die rechtliche Ausnahmeregelung der UN für Unter-18-Jährige nur bei absoluter Freiwilligkeit. Diese wird nach der sechsmonatigen Probezeit bei immer noch 17-Jährigen deutlich durch Regressforderungsmöglichkeiten oder Sanktionsmöglichkeiten – zum Beispiel

nach unerlaubtem Verlassen der Truppe – eingeschränkt. Insgesamt ist das ein bedeutender Anteil der Minderjährigen in Höhe von 32 %: 281 der 1.515 Jugendlichen beendeten 2015 den Dienst noch in der Probezeit, 203 nach der Probezeit.

Die Kampagne „unter18nie“

Die Bundeswehr ist ein besonderer Arbeitgeber, der Jugendliche besonders schützen muss. Es geht darum, Jugendgefährdungen größtmöglich zu reduzieren und damit die Situation von Jugendlichen in der Bundeswehr zu verbessern oder die Abschaffung der Rekrutierung von Minderjährigen, um die internationale Anerkennung der Straight18-Forderung der Vereinten Nationen nicht zu unterlaufen. Das Bündnis Kindersoldaten hat sich aus diesen Gründen entschlossen, die Kampagne mit dem Namen „**unter18nie**“ ins Leben zu rufen.

Die Kampagne wendet sich an das Verteidigungsministerium mit der Forderung, die Rekrutierung von Minderjährigen zu beenden. Damit appelliert das Deutsche Bündnis Kindersoldaten an die Bundesregierung, Kinder und Jugendliche in Deutschland und weltweit zu schützen und international eine angemessene Vorbildfunktion wahrzunehmen.

Durch Campact, auf der Bündnishomepage und durch gesammelte „unter18nie“-Postkarten kamen in kurzer Zeit bislang schon **25.000 Unterschriften** für eine Abschaffung der Rekrutierung von Minderjährigen in der Bundeswehr zusammen.

Frank Mischo, Kindernothilfe e.V.,
Sprecher des Deutschen Bündnis Kindersoldaten

09.02.2017, Berlin